

IN ALLER KÜRZE

Schlechte Häfen-Bilanz

Der Containerumschlag in Bremerhaven ist im vergangenen Jahr um 4,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Das geht aus der aktuellen Umschlagstatistik der Hafengruppe des Bremer Wirtschaftssenators hervor. Die Zahl der umgeschlagenen Fahrzeuge konnte sich allerdings auf dem Vorjahresniveau halten. Beim Gesamtumschlag von Seegütern fiel die Jahresleistung von 84,0 auf 78,8 Millionen Tonnen, das ist ein Rückgang von 6,2 Prozent. Als Grund für den Rückgang nannte der Wirtschaftsminister die Auswirkungen der weltweiten konjunkturellen Krise, die die bremischen Häfen erst 2013 erreicht habe. Für 2014 gehe er von einer stabilen Entwicklung der Umschlagzahlen aus. (taz)

Weniger „Kontrollorte“

Die Zahl der Orte in Bremen, an denen die Polizei verdachtsunabhängige Kontrollen durchführen darf, soll laut Radio Bremen deutlich verringert werden. Von bisher 37 „besonderen Kontrollorten“, die es unter anderem am Hauptbahnhof, an der Discomie und im Viertel gibt, sollen rund zwei Drittel gestrichen werden. Die Linksfraktion in der Bürgerschaft fordert, die „Kontrollorte“ ganz abzuschaffen, da dort Grundrechte beschnitten würden. Damit folgt sie der Flüchtlingsinitiative, die bereits seit Langem „Racial Profiling“ durch die Polizei in diesen „Gefahrengebieten“ kritisiert. (taz)

HEUTE IN BREMEN

„Ich bin ja nicht der liebe Gott“

VORTRAG Jugendrichter Andreas Müller liest aus seinem Buch „Schluss mit der Sozialromantik“

taz: Herr Müller, ist es Sozialromantik, wenn Ihre Kritiker sagen, dass die Jugendkriminalität gar nicht gestiegen, sondern gesunken ist?

Andreas Müller: Mit Sozialromantik meine ich alles, was an der Wirklichkeit vorbeigeht. Dass es immer Jugendgewalt ge-

Mehr U-3-Plätze für arme Stadtteile

Die Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren sollen nicht nur in den Stadtteilen ausgebaut werden, in denen Eltern Bedarf angemeldet haben. SPD und Grüne wollen, dass das Angebot auch in benachteiligten Stadtteilen gezielt aufgestockt wird. Sozialsenatorin Anja Stahmann (Grüne) sagte in der Stadtbürgerschaft, es sei wichtig für Kinder, wenn sie in die Kita gehen. Gerade in ärmeren Stadtteilen würden Kinder besonders von früher Sprachförderung profitieren. Davon müssten auch die Eltern überzeugt werden. (taz)

„Mehr Demokratie“ will Drei-Prozent-Hürde

Der Landesverband Bremen/Niedersachsen des Vereins „Mehr Demokratie“ fordert eine Drei-Prozent-Hürde für das Land Bremen. Anlass ist die gestrige Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum EU-Wahlrecht, nach der in Zukunft Parteien weniger als drei Prozent benötigen, um ins Europaparlament einzuziehen zu dürfen. Der Grundsatz der Gleichheit der Stimmen und der Chancengleichheit sei aus Sicht von „Mehr Demokratie“ auch mit der Fünf-Prozent-Hürde bei den Bundestags- und Landtagswahlen gefährdet. Bei der letzten Bürgerschaftswahl in Bremen seien 121.232 Stimmen an Parteien vergeben worden, die nicht in die Bürgerschaft eingezogen sind. (taz)

Orte für die Asche

FRIEDHOFSZWANG Das Parlament streitet erneut um die angemessene Form der Totenruhe. In zwei Monaten will das Umweltressort einen konkreten Gesetzentwurf vorlegen

VON HENNING BLEYL

Selten geht es im Landtag so emotional zu wie beim Thema Tod. Und noch seltener bekommt der Bürgermeister deutlich mehr Beifall von der CDU als von seiner eigenen Partei.

Bürgermeister Jens Böhrnsen (SPD) hält die Idee, den Friedhofszwang für Urnen aufzuheben, für gar nicht förderlich. Zu seinem Leid haben das SPD und Grüne aber bereits im vergangenen September beschlossen, nun geht es um die Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage. Die will der grüne Umweltsenator Joachim Lohse in zwei Monaten vorlegen, versprach er gestern. Lohse, der aus einer Theologenfamilie stammt, tut das keineswegs mit Leidenschaft – auch er ist sich bei dieser Frage mit seiner Fraktion nicht einig.

Diese skeptische bis ablehnende Haltung herrscht im gesamten Senat vor, doch das war nicht immer so: Jens Eckhoff verfasste als zuständiger Umweltsenator 2004 ein Papier, in dem er unter anderem die Aufhebung des Friedhofszwangs für Urnen forderte. Koautor war sein Parteifreund Jörg Kastendiek, der heutige CDU-Chef.

Wenn sich die divergierenden Befindlichkeiten und Haltungen quer durch fast alle Parteien ziehen – wie sieht es dann in der Bevölkerung aus? Nur rund fünf Prozent würden von einer Liberalisierung Gebrauch machen, hat Emnid ermittelt, doch 65 Prozent befürworten sie. Klar ist auch: Die Gewohnheiten verändern sich grundlegend: Bundesweit werden bereits 50 Prozent der Toten eingäschert, in Bremen sogar 80 Prozent. Dabei



Friedhof Osterholz: Hier ist ein schöner Ort für Urnen – doch „Würde“ gibt es auch anderswo Foto: Archiv

lehnte die katholische Kirche diese Praxis bis 1963 kategorisch ab, die Protestanten akzeptieren sie seit den 20ern. Gibt es also tatsächlich eine so eindeutige „christlich-jüdische Tradition“ im Umgang mit Toten, wie sie CDU-Fraktionschef Thomas Röwekamp gestern eindringlich beschwor? Wohl nicht. Denn selbst sehr katholisch geprägte Gesellschaften wie in Italien oder Spanien kennen keinen Friedhofszwang. Deutschland und Österreich stehen damit europaweit allein da – und innerhalb Deutschlands ist Bremen bislang der einzige Vorreiter einer Liberalisierung. Denn: Auch die grüne Gesundheitsministerin von NRW lehnte eine Aufhe-

bung des Friedhofszwangs erst vor wenigen Tagen ab.

In Bremen hingegen steht die Mehrheit. Aber sie steht auch vor zwei ungelösten Problemen. Zum einen wies der Verfassungsrechtler Dian Schefold in einem Gutachten kürzlich darauf hin, dass bei einer Liberalisierung in

jedem Einzelfall ausführlich geprüft werden müsse, ob der geplante Umgang mit der Urne genehmigungsfähig ist. Das zweite Problem ist nicht organisatorischer, sondern sozialer Natur: Rutschen Arme nicht automatisch in eine noch kostengünstigere Bestattungsschiene, wenn gesetzlich dafür allerlei Möglichkeiten eröffnet werden? „Es gibt auch eine soziale Würde“, mahnt Peter Erlanson von der Linkspartei – und richtig sei immerhin, dass der Friedhofszwang bislang „eine gewisse soziale Gleichheit“ garantiere. Die Linke ist am klarsten für die Liberalisierung – hat gegen das Eindringen von Sparmotiven in die Beerdigungsdebatte jedoch keine Vorschläge.

2004 forderte der CDU-Umweltsenator die Aufhebung des Friedhofszwangs. Heute schäumt seine Partei bei diesem Thema

Becksbier ohne Schlüssel?

BIER Die Bürgerschaft sucht vergeblich nach Mitteln, um Inbev unter Druck zu setzen. Der Konzern will zehn Prozent seiner Bremer Mitarbeiter entlassen

„Man sollte Becks den Schlüssel wegnehmen.“ Diese Anregung des grünen Abgeordneten Frank Willmann fand gestern bei der Becks-Bürgerschaftsdebatte keinerlei Resonanz. Dabei war es das Konkreteste, was im Landtag in Bezug auf den Stellenabbau beim Bierbrauer geäußert wurde.

Faktisch könnte Bremen sein Wappen durchaus verweigern, wie die historischen Vorgänge um den Titelkopf der Wochenzeitung Die Zeit zeigen. Nachdem der Zeit-Verlag in Hamburg mit dem Annsinen gescheitert war, das dortige Stadtwappen als Logo zu verwenden, boten die Bremer ihr Hoheitszeichen an. Das kann man auch umgekehrt machen.

Allerdings wäre fraglich, wer bei so einer Aberkennung den größeren Schaden hätte: Becks oder die Stadt. Neben Werder ist das grünflaschige Bier der entscheidende Imageträger Bremens. Und wenn Werder das sogar mit Wiesenhof und dessen unappetitlichen Geschäften bleibt – ändert es sich dann durch die Entlassung von 151 MitarbeiterInnen?

Moralisch sind sich die Bürgerschaftsfraktionen immerhin einig: Der Stellenabbau sei ein Skandal, die Belegschaft verdiene „die volle Solidarität“. Aber was wird die bewirken? Die Entscheidungen bei Becks werden längst nicht mehr an der Weser getroffen, sondern in der Chefetage des internationalen Konzerns Inbev. Zu dem gehört Interbrew, das Becks wiederum 2001 gekauft hatte.

151 Stellen sind etwas mehr als zehn Prozent der Bremer Belegschaft, und die macht insgesamt wiederum ein Prozent der welt-

weiten Inbev-MitarbeiterInnen aus. „Appelle an die Konzernspitze“, wie sie nun die Linkspartei fordert, dürften bei diesen Dimensionen nicht all zu viel Gehör finden. Die CDU geht das Problem deswegen deutlich praktischer an: Vielleicht etwas „an den Standort-Faktoren“ ändern, schlägt Erwin Knäpper für sie vor. Für diese Stoßrichtung hat Inbev wohl tatsächlich ein offenes Ohr: Schließlich baut der Konzern in Bremen ab, weil sie die hiesigen Arbeitnehmer zu teuer findet. Im vergangenen Jahr konnte der Konzern nichtsdestoweniger eine Dividende von 51 Prozent ausschütten.

Während Becks bis zum Verkauf ausschließlich in Bremen gebraut wurde, sind die 14 bisherigen Abfüllstandorte mittlerweile zu Produktionsstätten ausgebaut worden. Pro Sekunde werden weltweit 50 Flaschen Becks produziert, hat Claudia Bernhard von der Linkspartei ausgerechnet. Von ihrer 30.000 Flaschen langen Rede gestern in der Bürgerschaft erhofft sie sich immerhin das: Dass sich der Bürgermeister persönlich des Problems annehme. HENNING BLEYL

Inbev baut Stellen ab – und gönnt seinen Aktionären eine Dividende von 51 Prozent

Industrie schwächelt

GELD Umsatzeinbußen in Bremer Betrieben

Die Industriebetriebe in Bremen haben laut Landesamt für Statistik im vergangenen Jahr 7,3 Prozent Umsatz eingebüßt und sind zusammen auf knapp 25 Milliarden Euro Umsatz gekommen.

Den größten Rückgang gab es mit 15 Prozent im Ernährungs- und der tabakverarbeitenden Industrie. Bei der Luft- und Raumfahrt sowie im Fahrzeugbau betrug das Umsatz-Minus 8,4 Prozent, im Schiffbau 9,5 Prozent. Eine Steigerung um 2,8 Prozent schaffte hingegen der Maschinenbau.

Die Umsätze gaben bei Geschäften innerhalb Deutschlands mit minus 13 Prozent und in der Eurozone mit minus 12,8 Prozent ähnlich nach. Besser lief es mit Ländern außerhalb des Euro-Raumes. Hier legte der Umsatz um 4,2 Prozent zu.

Bei den Arbeitsplätzen in Bremen machte sich der Umsatzeinbruch laut Statistischem Landesamt allerdings nicht bemerkbar. Gut 47.800 Beschäftigte bedeute lediglich ein minimales Minus von 0,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. (dpa)

Andreas Müller



52, ist seit 1997 Jugendrichter in Bernau bei Berlin und war enger Weggefährter der umstrittenen Berliner Jugendrichterin Kirsten Heisig.

geben hat – Ende der 90er habe ich allerhöchste Springerstiefel-Gewalt erlebt – stimmt zwar genauso wie die Tatsache, dass die Anzahl der Delikte gesunken ist. Aber zu sagen, das es kein Problem gibt, bloß weil die Zahl der gefährlichen Körperverletzungen von 60.000 auf 55.000 zurückgegangen ist, das halte ich für falsch. Was mir nicht gefällt, sind ideologisch geführte Diskussionen.

Einer Ihrer größten Kritiker, der Kriminologe Christian Pfeiffer, wirft Ihnen vor, dass Sie sich zu sehr für ein härteres Vorgehen gegen jugendliche Gewalttäter einsetzen und zu wenig für Prävention ...

Jugendliche Intensivtäter sind doch bereits zu Tätern geworden – und Strafen ohne freiheitsentziehende Maßnahmen schre-

cken da niemanden ab. Aber was nützen die, wenn bis zur Eröffnung eines Gerichtsverfahrens so viel Zeit vergeht, dass sich ein Jugendlicher kaum mehr an seine Tat erinnert – liegt nicht eher hier das Problem?

Klar, das ist auf jeden Fall auch ein großes Problem – und das muss auf jeden Fall geändert werden. Auch Arrest ist kein Allheilmittel – ich bin ja nicht der liebe Gott. Aber einen Jugendlichen bereits frühzeitig für ein paar Wochen

in Arrest zu stecken, kann eben auch wirken – ich weiß das aus meiner 20-jährigen Erfahrung als Jugendrichter!

Sie treten nicht nur für ein schnelleres und härteres Vorgehen gegen jugendliche Intensivtäter ein, sondern auch für die Freigabe von Cannabis – ist da kein Widerspruch?

Nein. Bei der Freigabe von Cannabis ist natürlich der Jugendschutz geboten, aber ansonsten hat das Bundesverfassungsgericht schon vor zwanzig Jahren gesagt, dass Cannabis keine Einstiegsdroge ist. Wenn der Staat so viel Geld in die Bekämpfung von Intensivtätern stecken würde wie in die Bekämpfung von Cannabis, dann hätten wir eine Menge Probleme weniger, davon bin ich überzeugt.

INTERVIEW: SCHN 19 Uhr, Presse-Club im Schnoor